

Wahlprüfsteine zur Bremer Bürgerschaftswahl 2019

vom Bremer Verband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK), Verein 23 e.V., Künstlerinnenverband Bremen, GEDOK, Künstlerhaus Bremen, Städtische Galerie, Kubo (AG Künstler*innenförderung Bremen)

Antworten von **Miriam Strunge, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft**. Miriam Strunge kandidiert erneut für DIE LINKE auf Platz 5 der Liste für das Stadtgebiet Bremen zur Bremischen Bürgerschaft.

Bremen, den 17. April 2019

1.

Frage: Wie wollen Sie in Zukunft sicherstellen, dass bildenden Künstler*innen auch weiterhin ausreichend geeignete und bezahlbare Arbeitsstätten in Bremen zur Verfügung stehen, um Abwanderung zu verhindern und die künstlerische Qualität zu erhalten?

Antwort: Dass Ateliers und Werkstätten zur Verfügung stehen, ist eine zwingende Voraussetzung, damit sich bildende Künstler*innen in Bremen niederlassen und dauerhaft tätig sein können. Nur ein Bündel von Maßnahmen wird sicherstellen können, dass in einem ausreichenden Maß entsprechende Immobilien zur Verfügung stehen. Hierzu gehört zum einen Zwischennutzung, zweitens die dauerhafte Umwandlung beispielsweise alter Industriebauten in Atelierhäuser und drittens das Mitdenken von Kunst und Kultur bei der Erschließung neuer Quartiere. Letzteres erwarten wir sowohl von privaten Investor*innen beispielsweise bei der Neuentwicklung des Tabakquartiers zwischen der Neustadt und Woltmershausen als auch von der Stadt bei der Teilbebauung der Rennbahn.

2.1

Frage: Befürworten Sie die Zuweisung eines deutlich erhöhten, verbindlichen und stetigen Haushaltstitels für Projekte der Bildenden Künste und die Einführung arbeitssozialer Standards? Wenn ja, in welcher Höhe?

Antwort: DIE LINKE strebt eine deutliche Erhöhung des Projektmitteleinsatzs zur Stärkung der Freien Kulturszene in Bremen an, von der selbstverständlich auch die Bildende Kunst profitieren muss. Allerdings halten wir es nicht für zielführend, bei diesem zukünftig starre Grenzen zwischen den Kultursparten einzuführen. Wir erwarten, dass künftig Regelungen für gute Arbeitsbedingungen in der Kultur in die Förderrichtlinien aufgenommen werden. Hierzu gehört für uns beispielsweise ein Mindesthonorar, das nicht unterschritten werden darf. Wie sich dies angemessen für Projekte der Bildenden Kunst umrechnen lässt, wird noch zu ermitteln sein. Wir erwarten, dass Senat und Bildende Künstler*innen sich hier nach der Wahl gemeinsam auf ein Modell einigen.

2.2

Frage: Wie stehen Sie zu so einem verbindlichen Modell für Ausstellungshonorare?

Antwort: DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einem verbindlichen Modell für Ausstellungshonorare.

3.

Frage: Wie werden Sie die Stärkung der Künstler*innenverbände und der Einrichtungen der freien bildenden Kunstszene bei der adäquaten Finanzierung von Geschäftsstellen und gesteigerten Arbeitskosten zur Bewältigung und Professionalisierung dieser Arbeit unterstützen?

Antwort: In den jeweiligen Kultursparten haben die Verbände der Kulturschaffenden wichtige Aufgaben der Interessensvertretung nach außen und für die Unterstützung ihrer Mitglieder nach innen. DIE LINKE teilt ausdrücklich die Forderung, die Arbeit dieser Verbände zu professionalisieren, dies gilt selbstredend auch für die Bildenden Künste. Die so gestärkten Geschäftsstellen sollten dann zusätzliche Beratungsaufgaben z.B. zur Antragsstellung für die Künstler*innen übernehmen.

4.

Frage: Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die Beteiligung von Bildenden Künstler*innen bei Baumaßnahmen (Rahmenrichtlinie von 2011, novelliert 2018) wie in anderen Bundesländern üblich, zu beteiligen und die Kunst im Öffentlichen Raum weiterhin zu befördern. Welche (verbindlichen) Kooperationsformen zwischen den betreffenden Ressorts und dem Kulturressort schlagen Sie vor?

Antwort: Die zuletzt 2018 novellierte Rahmenrichtlinie für Baumaßnahmen enthält klare und unserer Meinung nach ausreichende Vorgaben zur Realisierung von Kunst am Bau. Eine enge Kooperation von Bau- und Kulturbehörde sowie Immobilien Bremen ist unerlässlich, um diese Vorgaben umzusetzen und verbindlich in die Abläufe für öffentliche Bauten zu integrieren. Darüber hinaus hat die Kunst im öffentlichen Raum in den letzten Jahren in Bremen zu wenig Aufmerksamkeit erhalten und ist in der Förderung zu sehr auf eine Funktion zum Aufhübschen sogenannter Angsträume reduziert worden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, Kunst im öffentlichen Raum wieder in ihrer Eigenständigkeit wahrzunehmen und zu fördern.

5.

Frage: Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um dem Güterbahnhof eine weitere sachgerechte Zwischennutzung zu ermöglichen?

Antwort: Der Güterbahnhof hat sich zu einem wichtigen Ort des Bremer Kunst- und Kulturschaffens entwickelt, der aus der lokalen Szene nicht mehr wegzudenken ist. DIE LINKE setzt sich dafür ein, diesen dauerhaft zu erhalten und auch vertraglich abzusichern. Nach zehn Jahren sollte der Zustand der Zwischennutzung einmal beendet werden.

6.

Frage: Welche Möglichkeit sehen Sie, die Entwicklung einer Kultur-Online-Plattform der Freien

Szene und ihrer Einrichtungen zu fördern und finanziell abzusichern?

Antwort: Die Online-Präsentation der Bremer Kulturszene lässt in der Tat zu wünschen übrig. Hierzu gehört auch, dass es verwirrende Doppelstrukturen in der Webpräsenz von Wirtschaftsförderung und Tourismuszentrale gibt. Wir setzen uns dafür ein, diese zu einem Kulturportal zusammenzuführen, das in enger Abstimmung mit den Kulturschaffenden zu erstellen und zu pflegen ist. Dabei ist auch zu klären, welche Elemente zentral auf der offiziellen Seite durch die Stadt präsentiert werden sollen und welche Aufgaben die Verbände der Kultureinrichtungen haben. Auf jeden Fall muss eine Lösung gefunden werden, in der auch die Freie Szene angemessen dargestellt wird.